

Volksentscheid am 22. September 2013: Energienetze in öffentlicher Hand!

Am 22. September, am Tag der Bundestagswahl, entscheiden die Hamburger, ob die Energienetze der Stadt weiter vom transnationalen Energiekonzern Vattenfall betrieben werden sollen mit einer 25-prozentigen Beteiligung der Stadt Hamburg, also einer Minderheitsbeteiligung, oder ob die Stadt die Netze zu 100% zurückkauft.

Dieser Volksentscheid wurde möglich, nachdem 24 Organisationen eine entsprechende Initiative ergriffen und in einem Volksbegehren 116.000 Unterschriften gesammelt hatten. Zu den Organisationen gehören unter anderem der BUND Hamburg, die Verbraucherzentrale Hamburg, kirchliche Organisationen sowie Verbände aus dem Bereich Erneuerbare Energien. Ihr Ziel ist es, „dass Senat und Bürgerschaft alle notwendigen und zulässigen Schrit-

gen.“ Allerdings sind Haushaltsangelegenheiten von dieser Regelung ausgenommen (S. dazu S. 4).

Gegen den Rückkauf der Netze, und zwar zu welchen Anteilen auch immer, hat sich die CDU ausgesprochen: In einem Antrag an die Bürgerschaft fordert sie den Senat auf, „das finanzielle Abenteuer einer Teilverstaatlichung der Versorgungsnetze zu beenden und den geplanten Anteilserwerb von 25,1 Prozent nicht durchzuführen und das Ansinnen der Initiative „UNSER HAMBURG - UNSER NETZ“, einen hundertprozentigen Rückkauf der Versorgungsnetze zu realisieren, abzulehnen...“

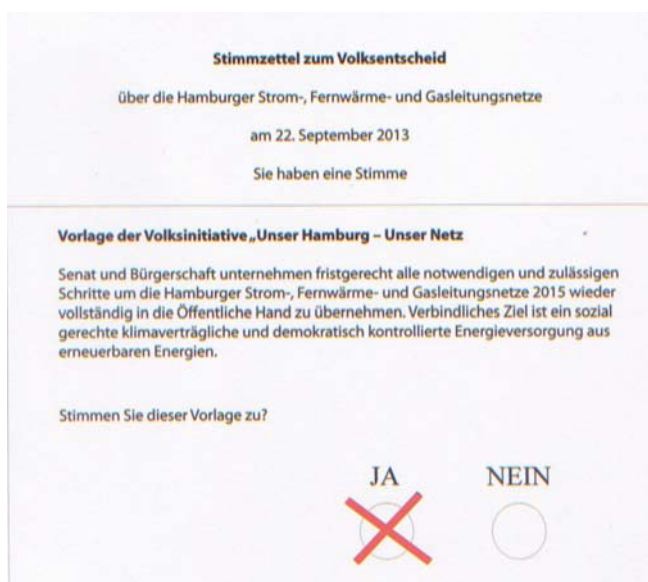
Für einen hundertprozentigen Rückkauf haben sich in der Hamburgischen Bürgerschaft die Grünen und die Linkspartei ausgesprochen. Die SPD will den Rückkauf, allerdings hat sie sich mit den ein-

und Argumente auf einfachste Formeln: „Das Vorhaben ist für die Stadt nicht zu finanzieren!...Über die Netze lässt sich die Energiewende nicht voranbringen.“ Entsprechend sind die Schlagzeilen: „So will Scholz den Netzirrsinn stoppen (Bild).“

Mit dieser Ausgabe des „Hamburger Diskurs“ wollen wir versuchen, einige zu schlichte „Argumente“ in Frage zu stellen und eine kleine Entscheidungshilfe durch zusätzliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Ergänzend nehmen wir zwei Stellungnahmen von Verdi, bzw. des Betriebsrates von E.ON Hanse Hansen mit auf.

Inhalt

Volksentscheid am 22.9.13	S. 1
Zur Geschichte der HEW und Vattenfall	S. 2
Konzerngeflecht Vattenfall	S. 3
Rekommunalisierung	S. 4
Meinungsbildung in der SPD	S. 5
Kooperationsvereinbarung,	S. 7
Fragen und Antworten	S. 8
Modernisierung der Netze	S. 10
Beteiligungsverträge	S. 8
Genossenschaftsstromnetz kaufen	S. 12



te unternehmen, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen.“ (Dr.20/1064).

Grundlage für den kommenden Volksentscheid ist die Hamburgische Verfassung. Nach Artikel 50 der Verfassung kann das Volk „im Rahmen der Zuständigkeit der Bürgerschaft“ den Erlass eines Gesetzes beantra-

gegangen Verträgen auf den Rückkauf von 25,1% der Anteile festgelegt. In ihrem Wahlprogramm hatte sie sich noch den Rückkauf von mindestens 25,1% ausgesprochen (s. S. 8).

In der nun begonnenen Kampagne der Befürworter und Gegner des 100-prozentigen Rückkaufs geht es - wie in Wahlkämpfen üblich und wahrscheinlich unvermeidbar - um Reduzierung komplexer Sachverhalte

Zur Geschichte der HEW / Vattenfall und des Verkaufs

Hamburgs Bürgermeister, Olaf Scholz, hat auf einer Betriebsversammlung der Firmen Vattenfall Stromnetz Hamburg GmbH und Vattenfall Wärme Hamburg GmbH die gemeinsamen Wurzeln der HEW und des Vattenfall-Konzerns beschworen: „1894 beauftragte der Hamburger Senat die neu gegründeten Hamburgischen Electricitäts-Werke mit der Energieversorgung der Stadt... Seit fast 120 Jahren sind damit HEW und Vattenfall zuverlässige Energiepartner der Hamburgerinnen und Hamburger.“ Ups. Vielleicht hilft ein kleiner Rückblick über die tatsächlichen Wurzeln von HEW und Vattenfall:

Die HEW wurden am 15. März 1894 gegründet, um zusammen mit der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, die als Schuckert & Co. seit 1893 mit der Hamburger Stromversorgung beauftragt war, die Versorgung Hamburgs mit elektrischer Energie zu übernehmen. Von 1914 bis 2002 war Hamburg an der HEW beteiligt, und das Versorgungsmonopol wurde auf ganz Hamburg ausgedehnt (Wiki).

1997 verkaufte die Stadt 25,1% der Anteile an Preussen-Elektra und Sydkraft. 1999 folgte der Verkauf weiterer 25% an Vattenfall. 2002 war Vattenfall schließlich Mehrheitsaktionär.

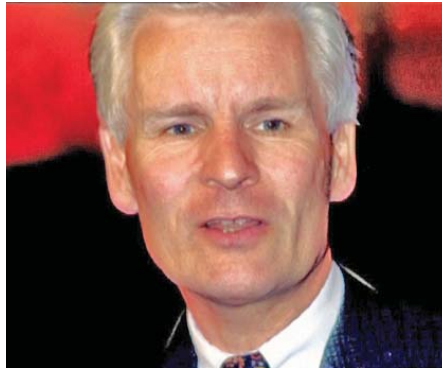
Die Gründung von Vattenfall geht auf den Umbau von Wasserkraftwerken in Schweden ab 1909 zurück. 1951 ging das weltweit größte Wasserkraftwerk ans Netz; 1975 nahm Vattenfall die ersten von 7 Atomkraftwerken in Betrieb; Ab 1996 expandiert Vattenfall international (insbesondere Polen, Holland, Dänemark).

Am 21. August 2002 wird die Verschmelzung von Vattenfall mit der VEAG beschlossen und so die Vattenfall Europe AG mit Sitz in Berlin gegründet. Zum 1. Januar 2006 findet die Überleitung des Markennamens auf Vattenfall Europe Hamburg GmbH statt.

Kurz: Die Geschichte der HEW lässt sich nicht im transnationalen Konzern Vattenfall fortschreiben. Sie endet mit der Unternehmensübernahme im Zuge der Privatisierung 2002.

Der Verkauf der HEW: Ein Fehler!

Altbürgermeister Henning Voscherau, der für den Einstieg der Privatisierung der HEW Verantwortung trug, bezeichnet diesen Schritt inzwischen als Fehler. Dem Hamburger Abendblatt gegenüber äußerte er: „Gestaltung, Ausbau und Verantwort-



Henning Voscherau

ung für Einrichtungen der Daseinsvorsorge, ob Wasser oder Energie, müssen demokratisch verantwortet werden und gehören in die öffentliche Hand“, sagt Voscherau, der 2011 das erfolgreiche Volksbegehren Unser Hamburg - unser Netz für den vollständigen Rückkauf unterzeichnet hatte.

Auch Ortwin Runde hält es für unverzichtbar, dass der Staat auf allen Ebenen, d.h. in Städten, Gemeinden und zur erfolgreichen Realisierung



Ortwin Runde

der Energiewende vor allem auch auf Bundesebene durch eine Bundesnetzgesellschaft strategischen Einfluss auf die Netze nimmt. Wie es zu einem Teilverkauf der HEW gekommen ist, und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, erläuterte er am

22.8.12 im Hamburger Abendblatt:

Zur Durchsetzung der Energiewende gebe es „unabdingbare“ Maßnahmen. Eine Voraussetzung dafür: „Stromnetze gehören in öffentlichen Besitz;“ und weiter: „Der Teilverkauf hatte einen besonderen Hintergrund: Die HEW waren an vier Atomkraftwerken rund um Hamburg beteiligt. Der Anteil des Atomstroms betrug rund 80 Prozent. Die HEW waren angesichts des rot-grünen Atomausstiegs nicht zukunftsfähig aufgestellt, denn mit einem Atomausstieg wäre das gesamte Vermögen der HEW pulverisiert worden und Hamburg hätte viel Geld verloren...“ Runde habe es nicht für möglich gehalten, dass die Stromversorger ihre Regionalmonopole nach der Liberalisierung des europäischen Strommarktes so schnell wieder herstellen konnten...“ Bei der Organisation von Netzen halte ich Partnerschaften mit der Privatwirtschaft durchaus für denkbar. 51 Prozent für die öffentliche Hand reichen. Damit kann der Staat seinen bestimmenden Einfluss sichern.“

von Beust: Das war ein Fehler

Selbst Ole von Beust hat den Verkauf der staatlichen Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) an den schwedischen Vattenfall-Konzern inzwischen als Fehler bezeichnet. „Heute würde ich die HEW nicht mehr verkaufen“, sagte von Beust nach einer Meldung der „Bild“-Zeitung. Der CDU-Politiker beklage nun, „dass die Stadt keinen Einfluss mehr auf die Strompreise und die Investitionen des Unternehmens habe. Ein staatliches Monopol sei „durch ein Quasi-Monopol auf privater Seite ersetzt worden“, sagte von Beust.“

Impressum:

Textfassung: Volksentscheid zum Rückkauf der Netze
v.i.S.d.P.: Dietrich Lemke
Dietrich.Lemke@hamburg.de

Der Vertragspartner Vattenfall

Der Quasi-Monopolist, wie Altbürgermeister Ole von Beust das Konzerngeflecht von Vattenfall bezeichnet, ist in verschiedenen ökonomischen Feldern aktiv: Zur Stromerzeugung betreibt Vattenfall neun Atomkraftwerke, die Laufzeit der Atomkraftwerke in Schweden soll auf 60 Jahre verlängert werden; Vattenfall betreibt Braunkohlekraftwerke, ein Dutzend Heizkraftwerke, sieben Pumpspeicherwerke, Müllverbrennungsanlagen, allerdings investiert Vattenfall auch in Offshore-Windanlagen und Biomasse. Festzustellen ist: Es gibt also offenkundige Interessengegensätze zwischen der Stadt und ihrem Vertragspartner. Hier das Ziel erneuerbare Energien, dort das Festhalten an Atom und Kohle.

Die Betrachtung des Gesamtkonzerns als Partner ist schon insofern wichtig, als dass die Tochtergesellschaften des Mutterkonzerns über ein so genanntes Cashpooling (s.S.6) miteinander verbunden sind und auch die Arbeitnehmer der einen Tochter problemlos einer anderen Tochtergesellschaft zugewiesen werden können.

Genauso bedeutsam zur Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit als Partner in Sachen Energiewende sind einige inhaltliche Betätigungsfelder des Konzerns, ob es sich um die Betätigung im Bereich der CCS-Entsorgung oder um Liebäugeln mit dem umstrittenen Fracking handelt.

Obwohl Vattenfallchef Tuoma Hatakka in 2011 in Cottbus den offiziellen Ausstieg für das CCS-Demoprojekt in Jämschwalde bekannt gab, wird die CCS-Versuchsanlage in Schwarze Pumpe weitergeführt.

Das Konzerngeflecht

Das Geflecht der Tochterfirmen von Vattenfall ist zu umfangreich, um hier angemessen dargestellt zu werden. Nur so viel: Nach dem Konzernbericht vom März 2012 gehören zu Vattenfall 74 Beteiligungen. Um nur einige Namen zu nennen: Dan-Tysk Offshore Wind GmbH, Kraftwerk Schwarze Pumpe GmbH, Thermische Abfallbehandlung Lauta GmbH, Vattenfall energies SA Frankreich, Vattenfall Europe Carbon Storage GmbH, Cottbus, Vattenfall Europe Distribution Berlin, Vattenfall Europe Distri-

bution Hamburg, Vattenfall Europe Generation AG, Cottbus, Vattenfall Europe Mining AG, Vattenfall Europe Netzservice GmbH Berlin, Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH, Vattenfall Europe Sales GmbH, Vattenfall Europe Wärme GmbH, Gasag Berliner Gaswerke AG, Berliner Energie Agentur und 58 weitere.

In den Niederlanden ist Vattenfall der größte Stromversorger und der größte Gasversorger über die niederländische Tochtergesellschaft Nuon.

Obwohl sich Vattenfall aus seinen Geschäften in Polen zurückziehen wollte, ist dort jetzt mit Vattenfalls Beteiligung ein neues Projekt in Planung: Vattenfall hält nach wie vor 18,67% an der polnischen Enea SA, die mit drei weiteren Energieerzeugern ein Atomkraftwerk errichten wollen.

Trotz des Ausstiegs Deutschlands aus der Atomenergie sind die Erträge nach wie vor zufriedenstellend, wie sich aus der Tabelle 1 ergibt.

Erlöse 2011

Stromerlöse	€ 9.304
Umsatzerlöse	€ 10.956
Jahresüberschuss	€ 1.062
Bilanzsumme	€ 22.084
Beschäftigte	€ 20.655

*) Beträge in Mio.



Atomkraftwerk Krümmel: stillgelegt

Arbeitsplätze gefährdet?

Trotz der doch beachtlich positiven Daten in 2011 schreckte die Tagesschau nicht nur die Beschäftigten von Vattenfall auf: „Vattenfall streicht 2500 Stellen“ war die Topmeldung, die zunächst in Stockholm über den Äther ging. 1500 Stellen sollen davon in Deutschland gestrichen werden. Wann genau wer wo gehen solle, so die Tagesschau, sei nicht bekannt. Die Schweden hätten sich offenbar verzettelt.

Der Energieriese aus Stockholm mache also ernst. Die Stellen in Deutschland, insbesondere in Hamburg, Berlin und Cottbus sollen bis Ende 2014 gestrichen werden. Dazu kämen noch einmal 400 in Schweden und rund 500 in den Niederlanden. Vattenfall wolle damit Strukturen vereinfachen und Aufgaben zusammenlegen.

Ein harter Schlag, meint der Stockholmer Korrespondent, vor allem für die Verwaltung von Vattenfall in Deutschland: Die Gewerkschaften säßen jetzt mit den Aufsichtsräten zusammen und diskutieren die Umsetzung des Personalabbaus.

Vattenfall im Braunkohle-Tagebau: Zerstörte Landschaften



Editorial

Der *Hamburger Diskurs* ist zuletzt in 2010 erschienen. Die Redaktion verstand sich - wenn auch informell - als Teil des „Forums Demokratische Linke DL 21 Die Linke in der SPD.“ Nach der letzten Bürgerschaftswahl 2011 stellte die Redaktion ihre Arbeit ein, weil sich die Aktiven im neuen Umfeld - mit der SPD in der Regierungsverantwortung - zunächst neu sortieren wollten.

Anlass für diese Ausgabe ist die nicht offen ausgetragene Diskussion um den Rückkauf der Netze. Nach der Beschlussfassung des Senats, 25,1% der Strom- und Gasnetze sowie des Fernwärmenetzes einschließlich dreier Kraftwerke zu erwerben, gab es eine Reihe von Informations- bzw. Verkündungsveranstaltungen, in denen der Mitgliedschaft der SPD begründet wurde, warum diese Maßnahme - wie es auf neudeutsch heißt - ohne Alternative sei. Eine offene Diskussion darüber in der Mitgliedschaft gab es - soweit der Redaktion bekannt - nicht.

Dieses Vorgehen wäre für sich genommen noch kein Grund zu klagen, Anlass gab jedoch die Art der Kommunikation miteinander: Die Argumente für den Rückkauf von nur 25,1% und nicht - wie es das Volksbegehren möchte - 100%, wurden extrem vereinfacht: Man müsse sich entscheiden, ob man statt in Kitas in Kabel und Rohre investieren wolle. Natürlich wurde auch die Schuldenbremse als nicht überwindbares Hindernis beschrieben.

Der eine oder andere Leser mag einwenden, dass diese Art der Argumentation doch wirklich nicht so selten anzutreffen ist, auch nicht unter Parteifreunden. Ja, das mag so sein. Neu allerdings scheint mir die Schärfe, mit der abweichende Meinungen angegangen werden. Ja, wir sind im Wahlkampf, da kann man die volle Solidarität der Mitglieder erwarten, aber der Volksentscheid und die Bundestagswahl sind zwei verschiedene Vorgänge. Ich werbe für die SPD und argumentiere für den Rückkauf der Netze zu 100%. Diese Ausgabe des *Hamburger Diskurs* soll zur Sache einige Fakten nennen und gleichzeitig zeigen: Die SPD ist immer noch eine Partei der Meinungsäußerungsfreiheit aller Mitglieder.

Dietrich Lemke

Rekommunalisierung privatisierter staatlicher Unternehmen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem so genannten Washingtoner Konsens gab es in allen europäischen Ländern eine Welle von Privatisierungen. Es herrschte die Vermutung vor, dass private Unternehmen staatlichen Einrichtungen überlegen seien und effizienter arbeiteten. Diese neoliberale Haltung bestimmt auch heute noch die Empfehlungen von Weltbank und IWF, wie an den so genannten Reformauflagen für Griechen, Spanier und Portugiesen ablesbar.

Viele der Privatisierungen - insbesondere im Bereich der Trinkwasserversorgung aber auch der Versorgung der Bevölkerung mit Energie - zeigten jedoch nicht die erwarteten Vorteile für die Menschen in den Kommunen. Aus dieser Enttäuschung oder dieser Erkenntnis heraus begannen sich viele Städte und Gemeinden, -so berichtet jemand bei Wikipedia - um den Rückkauf ihrer privatisierten Unternehmen zu bemühen. Dies war an vielen Stellen möglich, an denen die Privatisierungen zeitlich begrenzt waren, die Konzessionen ausliefen und die Vergaben neu ausgeschrieben werden mussten.

Wie der Verband kommunaler Unternehmen auf seiner WEB-Seite mitteilt, laufen bis 2015/16 bundesweit die meisten der Strom- und Gasnetzkonzessionsverträge aus. Deshalb prüften immer mehr Kommunen und kommunale Unternehmen, ob sie die Verteilnetze (wieder) selber übernehmen können. Die Gründung neuer Stadt- oder Gemeindewerke sei daher längst mehr als ein Trend: Seit 2007 wurden über 70 Neugründungen beschlossen.

Es liegt auf der Hand, dass die Übernahme der Netze in kleineren Kommunen leichter zu organisieren ist als in Berlin und Hamburg. Insofern sollen hier nicht Erfahrungsbeispiele kleinerer Städte und Gemeinden beschrieben werden; vielleicht lohnt sich aber ein Blick auf die Entwicklung in Dresden oder Städten in Thüringen. Der Unterschied zwischen der Rekommunalisierung in kleineren Kommunen gegenüber Versuchen in Großstädten besteht dabei nicht nur in der Größe der Einrichtungen, den Beträgen großen Kapitals, das es aufzubringen gilt, sondern auch in der Möglichkeit bzw. der Schwierigkeit der Mobilisierung der Bevölkerung. Die Information an die Frau und den Mann zu bringen, geht natürlich dort leichter, wo man die handelnden Personen kennt und ihnen vertraut. Und das ist schwieriger dort, wo die Meinungsbildung wesentlich über die Medien, über Werbeagenturen und über die Oligopole selbst gesteuert wird. Aber auch hier bleiben die Möglichkeiten der Organisation der BürgerInnen, ob in Genossenschaften, Initiativen oder in den Parteien.



Der Wärme Speicher auf der Karlshöhe gehört E.ON

Meinungsbildung in der SPD

In der Investitionsplanung gestaltet sich die politische Meinungs- und Willensbildung natürlich einfacher dann, wenn die Staatskassen gut gefüllt sind. Im Rahmen der Schuldenbremse wird es dagegen sehr viel komplizierter. Das ist vielleicht auch der Grund, warum sich die Beschlusslagen der SPD-Hamburg in Sachen Rückkauf der Netze im Laufe der Jahre geändert haben.

Zur Erinnerung: Vor dem Hintergrund der von den Stromriesen um 2009 hochgetriebenen Strompreise wurde die Privatisierung der HEW sämtlich, und zwar auch von den Bürgermeistern Voscherau und Runde als Fehler bezeichnet (s.S.2), und die Gremien der SPD forderten den Rückkauf der Netze.

Monopole beenden!

In einer Erklärung des SPD-Parteivorstandes zur Energiewende vom 19. Mai 2011 heißt es u.a.:

„Die Energiewende gelingt nur von unten. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Monopole der vier großen Energieversorgungsunternehmen beendet werden. Diese Monopole haben nur zu überhöhten Preisen, zu Wettbewerbsverhinderung und zu einer Blockade der Energiewende geführt. Neue dezentrale Energieversorger am Markt bringen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in die Städte und Regionen.“

Auch in Hamburg wollte die SPD die Netze zurückholen. Im Wahlprogramm 2008-2012 wurde angekündigt:

„Wir werden die Energieversorgung in Hamburg durch Förderung von Energiesparen, Energieeffizienz und Einsatz von erneuerbaren Energie schrittweise auf eine moderne klimafreundliche Basis umstellen. Die dezentrale Energieversorgung durch hocheffiziente Blockheizkraftwerke hat Vorrang.

Wir werden unter Einbeziehung der Konzessionsverträge für das Hamburger Gas-, Fernwärme- und Stromleitungsnetz die Gründung eines kommunalen Stadtwerkes betreiben.

Wir werden die Wind- und Solarbranche zu einer Leitindustrie für Hamburg ausbauen und für eine Vernetzung der Grundlagen- und Anwendungsforschung untereinander und mit den Unternehmen sorgen.“

Der Kurswechsel kommt mit dem Wahlprogramm der SPD-Hamburg 2011:

Wenigstens 25,1%!

„Die Energieversorgung ist eine wichtige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge,“ heißt es da. „Um Handlungsspielräume in der Energiepolitik zurückzugewinnen, wollen wir strategischen Einfluss auf die Verteilnetze für Gas, Strom und Fernwärme in Hamburg erlangen. Ein SPD geführter Senat wird daher einen strategischen Anteil von wenigstens 25,1% an den Netzen erwerben. Ein solches Konzept haben wir mit Betriebsräten und Geschäftsleitungen von Energieversorgungsunternehmen, kommunalen Vereinigungen, der Bürgerinitiative für die Kommunalisierung der Netze und vielen Experten besprochen und entwickelt. Eine Belastung für den Hamburger Haushalt ist mit diesem Konzept nicht verbunden. Damit gewinnen wir die Möglichkeit, die Netze zukunftsfähig zu erneuern.“ (Smart Grid) oder die Einspeisung von Fernwärme aus erneuerbaren Energiequellen).

Die Formulierung „wenigstens 25,1%“ zeigt allerdings das Unbehagen, das die Autoren des Programmtextes mit dem vorgenommenen Kurswechsel hatten. Ganz auf den Rückkauf zu verzichten, hieße ganz auf jeden Einfluss über die Netze auf die Energiewende zu nehmen. Eine hundertprozentige Finanzierung traute man sich nicht zu und wollte dennoch die Zustimmung der Delegierten, die mehr als 25% für erforderlich hielten. So wurde die Formulierung „wenigstens 25,1% durchgewinkt

Henning Voscherau:

Rückkauf von 100%: Ja aber: Nicht dafür werben

Das ganze Dilemma für uns Sozialdemokraten wird am Verhalten unseres Genossen Henning Voscherau deutlich: Er war einer der ersten, der seine Unterschrift unter die Forderung nach einem Rückkauf von 100%



HAB deckt hier offenbar bestehende Widersprüche auf

der Netze setzte. Nachdem sich Senat und Bürgerschaft auf 25,1% festgelegt haben, ist es schwer, öffentlich eine andere Position zu vertreten. Dabei hätte etwas mehr Gelassenheit der Hamburger Parteiführung gut angestanden. Es ist schließlich nicht das erste Mal, dass es unterschiedliche Meinungen in einer Sache gibt. Geschlossenheit und Parteidisziplin muss im Wahlkampf eingefordert werden, bei einem Volksentscheid in einer Sachfrage nicht.

Begriffsklärungen

Cash pooling: bezeichnet einen konzerninternen Liquiditätsausgleich durch ein zentrales Finanzmanagement, das einzelnen Konzernunternehmen überschüssige Liquidität entzieht bzw. Liquiditätsunterdeckungen durch Kredite ausgleicht. Also Überschüsse der einen Tochtergesellschaft schaffen Ausgleich der anderen Tochter, die - auch kurzfristig - einmal im Minus ist. (s. Wiki).

CCS: (Carbon Capture, Transport and Storage.) Hinter der Abkürzung CCS steht ein Verfahren, mit dem CO₂ aus Abgasen aus Industrieanlagen und Kraftwerken abgeschieden, verflüssigt, transportiert und unterirdisch gespeichert werden sollte, um so der Vergiftung der Umwelt durch CO₂ entgegenzuwirken. Die darin gesetzten Hoffnungen scheinen sich nicht zu realisieren: zahlreiche Pilotprojekte sind versunken oder abgebrochen.

Vattenfall ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, dass CCS zum globalen Klimaschutz beitragen kann. So erforscht das Unternehmen das Verfahren auch weiterhin in den Pilotanlagen im brandenburgischen Schwarze Pumpe, im niederländischen Buggenum und in der neu eröffneten Anlage CCPilot100+ im britischen Ferrybridge.

Energiewende bezeichnet die Veränderungen in der Produktion und dem Gebrauch von Strom und Wärme sowie Veränderungen im Bereich der Mobilität. Zu den neuen Produktionsmethoden gehören Windenergie, Bioenergie, einschl. Deponiegas und Klärgas, Wasserkraft, Sonnenenergie (Solarthermie, Photovoltaik) Geothermie und Meeresenergie, die als Alternative zu fossilen Energieträgern (Öl, Kohle, Erdgas und Kernbrennstoffen (Uran) dienen sollen.

EEG: Das deutsche Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Kurztitel Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG) regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen.

Berliner Sozialdemokraten wollen 100% der Netze zurückkaufen!

Der Stern berichtete im Mai über das Auslaufen der Konzessionen für lokale Stromnetze überall in Deutschland. Viele deutsche Gemeinden hätten gehandelt, 60 Stadtwerke wurden zwischen 2007 und Sommer 2012 neu gegründet, „in mindestens 170 Fällen die Netze wieder rekommunalisiert. Auch Gas- und Fernwärmenetze sowie Wasserbetriebe gingen zurück in öffentlichen Besitz.“

Wie der WEB-Seite der SPD in Berlin zu entnehmen ist, laufen die Vorbereitungen zur Übernahme der Netze. Bereits im Jahr 2010 hatte sich die Berliner SPD dafür ausgesprochen, dass sich der Senat in der neuen Legislaturperiode intensiv um die Energiewende, um Klimaschutz und um Fragen der infrastrukturellen Erneuerung kümmern werde. Das beinhaltet **die Rekommunalisierung der Netze genauso wie die Gründung eines Berliner Stadtwerks.** Beides werde aktuell von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt unter Senator Michael Müller angegangen. Im laufenden Vergabeverfahren werde Berlin Energie antreten, „um sich in einem transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbsverfahren gegen die Platzhirsche Gasag und Vattenfall und andere Bieter durchzusetzen.“

Lübeck darf nicht kaufen!

Wie die Taz berichtet, hat sich die Kommunalaufsicht gegen einen Rückkauf von 25,1% Anteilen an den Stadtwerken - z.Zt. gehalten vom dänischen Konzern Dong - ausgesprochen. Nun sollen sie an die Stadtwerke Aachen verkauft werden, die zu 100% in kommunaler Hand sind.

Bremen fordert Bundesnetzgesellschaft!

Bremen will gemeinsam mit Niedersachsen im Bundesrat die Gründung einer Bundesnetzgesellschaft initiieren (taz). Der Ausbau des

Strom-Netzes und der Offshore-Windenergie sei entscheidend für die Energiewende. Mit der Bundesnetzgesellschaft sollen der Bund und die Übertragungsnetzbetreiber gemeinsam den Netzausbau und die Anbindungen von Windkraftanlagen auf dem Meer sicherstellen. Wichtig sei, so berichtete Radio-Bremen, dass sich der Bund mit **mehr als 25 Prozent** beteilige. Von mehr als 1.800 Kilometern notwendiger Höchstspannungsleitungen seien erst weniger als 300 Kilometer gebaut worden, kritisierte Umweltsenator Lohse.

Tennet T will Bürger am Netzausbau beteiligen

Der Übertragungsnetzbetreiber TenneT hat Unterstützung bekommen für das Vorhaben, die Bürger an der Erweiterung des deutschen Stromnetzes zu beteiligen. Als Pilotprojekt wird die Westküstenleitung in Schleswig-Holstein damit zur Bürgerleitung. In die Bürgeranleihe investieren können die Gebietsan-



sässigen und Grundstückseigentümer aus den Landkreisen Nordfriesland und Dithmarschen, in deren Region die Westküstenleitung errichtet werden wird. Garantiedividende: 5 Prozent. Minister Altmeier und FDP-Chef Rösler unterstützen das Vorhaben. Nach Auffassung von „Unser Hamburg, unser Netz“ sei das allerdings eine Mogelpackung, denn die Anlieger dürften nicht mehr als insgesamt 15% der Anteile erwerben. Sie hätten damit keinen Einfluss in den Entscheidungsgremien auf das operative Geschäft. Diese Maßnahme diene lediglich dazu, die Akzeptanz zur Durchführung der Maßnahmen zu erhöhen.

Kooperationsvereinbarung

zwischen der Stadt Hamburg und der Vattenfall Europe AG,

Um sich zukünftig angemessenen Einfluss auf die Energieversorgung in Hamburg zu sichern, hat die Stadt mit den bisherigen Alleinversorgern (Monopolisten) für die Bereiche Strom, Gas und Fernwärme jeweils zwei Verträge geschlossen - einen Beteiligungsvertrag und einen Konsortialvertrag - und sich mit 25,1 % in das Unternehmen eingekauft. Die Zielsetzung dieser Transaktion ist insbesondere in einer Präambel einer ebenfalls unterzeichneten Kooperationsvereinbarung zwischen den Vertragspartnern enthalten.

Die Energieversorgung - heißt es in der Vereinbarung - ist eine wichtige Aufgabe im Rahmen der *Daseinsvorsorge*. Ausgehend von der Beendigung der Nutzung der Kernenergie, stelle die dadurch beschleunigte Energiewende die zentrale Herausforderung der Klima- und Energiepolitik der Zukunft dar. Beide Partner streben an, vor diesem Hintergrund klima- und energiepolitische Handlungsspielräume zu nutzen und weiterzuentwickeln und eine Energiewende in Richtung Erneuerbare Energien mit einer CO₂-ärmeren Energie-



Kraftwerk Tiefstack:
25,1% gehören jetzt der Stadt.

versorgung voranzutreiben. Zur Erreichung der Klimaschutzziele sollen mehr emissionsarme Brennstoffe und erneuerbare Energien zentral wie dezentral (z.B. BHKW, GuD) genutzt werden... Die Vattenfall-Gruppe werde *sich dafür einsetzen*, dass sich die Unternehmen der Vattenfall-Gruppe an der Erreichung der Hamburger Klimaschutzziele beteiligen.

Die Vertragspartner *streben ferner ein Wärmekonzept an*, das sich am weiteren konsequenten Umbau der Hamburger Wärmeversorgung entlang der Kriterien Ökologie, Ökonomie und Versorgungssicherheit orientiert.

Zu den besonders hervorzuhebenden Maßnahmen gehört die Errichtung eines „innovativen Kraftwerkskonzepts mit Energiespeichern mit hoher Flexibilität zum Ersatz des HKW Wedel.“

Die voraussichtliche Investitionssumme für das Innovationskraftwerk

betrage ca. 430 - 500 Mio. Euro, die von der gemeinsamen Gesellschaft finanziert werden soll. Als mögliche

Standorte für das neue GuD-Kraftwerk werden Standorte in Wedel und Stellingen durch die neue Gesellschaft geprüft und von den Gesellschaftern gemeinsam entschieden.

Im Bereich der Fernwärmeversorgung ist geplant, die Anzahl der fernwärmeversorgten Wohneinheiten von gegenwärtig rund 438.000 auf 500.000 im Jahr 2020 zu erhöhen. Dies soll durch Verdichtungsmaßnahmen erreicht werden.

Darüber hinaus ist der Ausbau eines virtuellen Kraftwerks vorgesehen. Vattenfall will im Virtuellen Kraftwerk Blockheizkraftwerke (BHKW) und Wärmepumpen zu einem vernetzten, flexibel regelbaren und zentral gesteuerten Anlagensystem kombinieren. Ziel sei es dabei, Erneuerbare Energien besser in die Strom- und Wärmeversorgung zu integrieren und für eine Stabilisierung der Stromnetze bei Energieschwankungen zu sorgen. (Forts. S. 10)

Fracking (Hydraulic Fracturing), steht für eine Methode des hydraulischen Aufbrechens von Gesteinsschichten zur Förderung darin befindlicher Gas- und Ölvorkommen. Ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Stoffen wird unter hohem Druck in die Gesteinsschicht gepresst. Dadurch wird das Gestein aufgebrochen und das Gas aus dem Gestein gelöst. In den USA war besonders der Öl-Multi Exxon-Mobile aktiv. Die Sorge von Umweltschützern: Es gelangen Teile des Chemiegemisches ins Grundwasser. Kritisch gesehen wird auch der Wasserbedarf: In den USA werden je Gasquelle zwischen acht und 19 Millionen Liter Wasser benötigt. Bei etwa 50 000 Quellen, die jährlich in den USA gebohrt werden, liegt der Wasserbedarf bei bis zu 530 Milliarden Litern Wasser.

Gemeinwohl bezeichnet das Wohl (das gemeine Beste, den gemeinen Nutzen, die gemeine Wohlfahrt, das Gut eines Gemeinwesens).

ICSID: International Centre for Settlement of Investment Disputes (Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten) in Washington, U.S.A. ist eine Schiedsstelle, vor der Konzerne gegen Staaten klagen können. Das Zentrum ist an der Weltbank angesiedelt. Das Schiedsgericht entscheidet letztinstanzlich. Voraussetzung für eine Anrufung des ICSID ist die Unterzeichnung des jeweiligen Staates mit entsprechenden Partnern. Vattenfall klagt gegenwärtig vor dem Schiedsgericht gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Schadensersatz wegen des Atomausstiegs.

Konzessionsvertrag: Ein Vertragsverhältnis zwischen Gebietskörperschaften und Wirtschaftsunternehmen. Verträge über Konzessionen werden meist zur ausschließlichen Versorgung mit Energie (Gas, Wasser, Elektrizität) auf kommunaler Ebene geschlossen. Die Gemeinde erhält im Gegenzug für die Gewährung des Leitungsrechts und des Verzichts auf eigene Durchführung der öffentlichen Versorgung die Konzessionsabgabe, die den Gegenwert für die Belastung der öffentlichen Flä-

Fragen und Antworten zum Rückkauf der Netze

Wie will die SPD die Energiewende schaffen?

Antwort der SPD-Hamburg	Volksentscheidbefürworter in der SPD
Wir haben die beiden großen Versorger in die Pflicht genommen, gemeinsam die Energiewende in Hamburg zu stemmen. Durch die Energiekooperation nehmen wir direkt Einfluss auf die Energiewende, ohne selbst das unternehmerische Risiko zu tragen. In der Kooperationsvereinbarung zwischen der FHH und Vattenfall heißt es: „Mit der vorliegenden Vereinbarung bekennen sich die Partner zu den energie- und klimapolitischen Zielen der FHH und werden ihre Aktivitäten im Rahmen ihrer Partnerschaft fort-schreiben und intensivieren.“	Vattenfall und E.ON sind Erzeuger und Netzbetreiber. Sie machen ihr Geschäft zu 80% mit billig produziertem Atom- und Kohlestrom. Dafür reichen die bestehenden Netze aus. Um mehr Ökostrom aufnehmen zu können, müssen sie ausgebaut werden. Das ginge zu Lasten der Konzerngeschäfte. Daher findet der Ausbau nur schleppend statt. Folge: Ökostrom wird trotz gesetzlichem Einspeisevorrang nicht in der Menge durchgeleitet, wie er produziert wird. Wer die Netze besitzt, bestimmt über Umfang, Richtung und Tempo der Energiewende. Deshalb: 100% für die Stadt.

Was ist das zentrale Argument für die Rekommunalisierung der Verteilnetze?

	Stadtwerke können gezielt auf klimafreundliche erneuerbare Energien und flexible dezentrale Produktion ausgerichtet werden sowie auf eine dem Gemeinwohl verpflichtete verbraucherfreundliche Versorgung. Sie unterliegen öffentlich-politischer Kontrolle. Dabei bleibt die gesamte Wertschöpfung in Hamburg.
--	--

Was sind die zentralen Argumente für und gegen eine 100%-Lösung?

Mit dem Kaufpreis überhebt sich die Stadt, und das unternehmerische Risiko ist der Stadt zu groß.	Nur so kann die Stadt Einfluss auf das operative Geschäft des Unternehmens nehmen. Mit der Rendite ist die Zinslast problemlos zu tragen; nur deshalb kämpft Vattenfall auch entschlossen für die 75%.
---	--

Genügt ein 25,1 % städtischer Anteil an den Energienetzgesellschaften für einen „strategischen Einfluss auf die Unternehmenspolitik“?

Ja, der strategische Einfluss der Stadt ist über die energiepolitischen Kooperationsvereinbarungen und Zusagen zur Arbeitsplatz- und Standortsicherung gegeben.	Nein. Es gibt keinen Einfluss auf das operative Geschäft, denn in der Kooperationsvereinbarung stehen lediglich nicht einklagbare Absichtserklärungen, und der Aufsichtsrat entscheidet nicht im operativen Geschäft. Erforderlich ist mindestens eine Stimme Mehrheit.
---	---

Sind Vattenfall und E.ON die richtigen Partner für die Stadt?

Ja, beide haben sich in der Vergangenheit als kompetente Energieversorger und Netzbetreiber erwiesen. Sie haben sich durch die mit der Stadt abgeschlossene Vereinbarung zur Energiewende verpflichtet.	Nein, beide haben ein überwiegendes Geschäftsinteresse an umweltschädlicher Atom- und klimaschädlicher Kohleenergie. Beide haben Beschwerde gegen den Atomausstieg vor dem BVG eingereicht, Vattenfall vor dem Internationalen Schiedsgericht (ICSID) in Washington. Sie sind keine glaubwürdigen Partner für die Energiewende. In einem Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 19. Mai 2011 heißt es u.a.: „Wir werden dafür sorgen, dass die Monopole der vier großen Energieversorgungsunternehmen beendet werden.“
---	--

PRO UND CONTRA

Wer könnte die Netzübernahme durchführen?

Antwort der SPD-Hamburg	Volkentscheidbefürworter in der SPD
Die Durchführung läge in Händen von Vattenfall und E.ON, es sei denn im Konzessionsverfahren würden sich andere Bieter durchsetzen.	Sinnvoll wäre eine Neugründung durch die stadt-eigene HGV-Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement. Sie ist Konzernholding für die meisten öffentlichen Unternehmen und Eigentümerin eines umfangreichen Immobilienportfolios. Sie hat neben Verwaltungs- auch Steuerungs- und Gestaltungsaufgaben und unterliegt nicht der Schuldenbremse. Das derzeit an den Netzen tätige und ehemals von der HEW kommende Personal könnte in die neue städtische Struktur übernommen werden.

Wie groß ist das Risiko eines wirtschaftlichen Scheiterns bei 100prozentiger Übernahme der Netze durch die Stadt?

Das Risiko sei so groß, dass man das Vorhaben eines Rückkaufs der Netze mit den Erfahrungen vergleichen könne, die man mit der HSH-Nordbank oder der Elbphilharmonie gemacht haben, meint der SPD-Bürgerschaftsfraktionsvorsitzende.	Das Risiko ist vergleichsweise sehr gering: Die Netzagentur legt die Durchleitungsgebühren fest, indem sie die Kosten des Betriebs der Netze kalkulieren einschließlich einer Gewinnmarge, die in der Vergangenheit zwischen 7% und 9,5% gelegen hat. Die Gebühren werden dann in die Strompreise eingerechnet, d.h. mit diesen Gewinnen lassen sich die Zinsen der Finanzierung begleichen.
--	--

Wie kann eine Finanzierung der Netze aussehen?

Die 25,1% hat die Stadt durch Aufnahme eines Kredits finanziert. .	So, wie es die Stadt mit den 25,1 % umgesetzt hat. Das Beratungsunternehmen Rödl und Partner hat mehrere Varianten der Finanzierung der Rekommunalisierung der Netze in Hamburg vorgeschlagen. In einem Gutachten heißt es: „Unmittelbare Liquiditätsauswirkungen auf den Haushalt ergeben sich ... nur dann, wenn „frisches“ Eigenkapital in die HGV eingelegt wird. Eine Einlage durch die FHH ist für die Umsetzungs dieses Modells nicht erforderlich. Das Eigenkapital sollte vielmehr von der Netzbetriebsgesellschaft bzw. von der HGV/HWW aufgebracht werden.“
--	--

Kann es sein, dass Hamburg trotz Übernahme der Netze in der Konzessionsausschreibung für das Stromnetz nicht zum Zuge kommt?

Ja, die Neuvergabe der Wegenutzungskonzession muss laut Gesetz transparent und diskriminierungsfrei ausgeschrieben werden. Bewerben kann sich jeder Netzbetreiber, der die Fähigkeit zum Betrieb hat. Die Stadt darf nicht bevorzugt werden.	Nein. Theoretisch ist das möglich, aber unrealistisch. Zu den gesetzlichen Forderungen an einen Netzbetreiber kann Hamburg ergänzend zu den Fähigkeiten und Kapazitäten in die Ausschreibung auch eigene stadtentwicklungs- und energiepolitische Kriterien für die Kandidatenauswahl aufstellen.
--	---

MODERNISIERUNG

chen anlässlich der wirtschaftlichen Betätigung durch Dritte darstellt.

Monopol eine Marktsituation in der für ein ökonomisches Gut nur ein Anbieter vorhanden ist. Von einem natürlichen Monopol spricht man, wenn es aufgrund der äußeren Gegebenheiten (Wasserversorgung, sonstige Leitungsnetze) nicht mehrere Anbieter auf dem „Markt“ geben kann.

Oligopol: Als Oligopol - wird eine Marktform bezeichnet, bei sich wenige Anbieter den Markt teilen (z.B. Eon, Vattenfall, RWE).

Rekommunalisierung: Prozesse, in denen Aufgaben und Vermögen, die vormals durch Privatisierung aus der kommunalen Verwaltung ausgegliedert wurden, wieder in Organisationsformen des öffentlichen Rechts zurückgeführt werden. Nach einem Trend zu Privatisierungen in den letzten Jahren gibt es bundesweit nunmehr eine gegenläufige Entwicklung hin zur Rekommunalisierung.

Smart grid: Der Begriff intelligentes Stromnetz (englisch smart grid) umfasst die kommunikative Vernetzung und Steuerung von Stromerzeugern, Speichern, elektrischen Verbrauchern und Netzbetriebsmitteln in Energieübertragungs- und -verteilungsnetzen der Elektrizitätsversorgung. Diese ermöglicht eine Optimierung und Überwachung der miteinander verbundenen Bestandteile. Ziel ist die Sicherstellung der Energieversorgung auf Basis eines effizienten und zuverlässigen Systembetriebs.

Volksgesetzgebung: Nach Artikel 50 der Hamburgischen Verfassung kann das Volk im Rahmen der Zuständigkeit der Bürgerschaft den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung eines Gesetzes oder eine Befassung mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung beantragen.

(Quelle der Begriffserklärungen ist im Wesentlichen Wikipedia.)

Die gemeinsame Wärme-gesellschaft beabsichtigt, für die Umsetzung des Wärmekonzepts mit den Maßnahmen Innovationskraftwerk, Spitzenlastkessel Haferweg und Fernwärmeausbau zukünftig Investitionen in Höhe von 460 - 550 Mio EUR zu tätigen.

Die Stadt Hamburg - so heißt es in der Vereinbarung - unterstützt die Umsetzung des Wärmekonzepts der neuen Gesellschaft nach besten Kräften. Hierzu gehört auch die Nutzbar-machung/gemeinsame Beantragung von Fördergeldern (europäische-, bundes-, Landesmittel, etc.) und die wohlwollende Positionierung zu den Projekten der neuen Gesellschaft.

Modernisierung des Hamburger Stromnetzes

Die FHH und Vattenfall streben eine Kooperation im Stromnetz-geschäft an. Die gemeinsame Gesellschaft werde pro Jahr durchschnittlich mehr als 160 Millionen Euro für den Erhalt und Ausbau der Netzinfrast-ruktur ausgeben.

Energieeffizienz sei ein wichtiger Baustein der Energiewende. Intelligente Stromzähler („smart meter“) trügen zu mehr Energieeffizienz bei.

Ein weiter Punkt in der Verein-barung ist der so genannten EMobi-lity gewidmet: Auf Basis *der guten Partnerschaft mit der Stadt und der bereits erzielten Erfolge* in diesem Bereich werde Vattenfall im Zeit-raum von drei Jahren ein jährliches Budget von 3 Mio. Euro für die Förderung der Elektro-mobilität in der Hanse-stadtHamburg bereit-stellen. Grundlage für dieses Engagement sei, dass die Hansestadt ihrerseits geeignete Rahmenbedingungen schafft, die die Elek-tromobilität in Ham-burg fördern und zum Erreichen des Zielwerts von 15.000 Elektrofahr-zeugen in der Stadt bis 2015 beitragen.

die Schlussbestimmungen der Verein-barung, die die Zusammenarbeit bzw. Konfliktlösungsstrategien betreffen. Vereinbart ist: „Die Vertragspartner werden diese Vereinbarung loyal er-füllen und sind sich darüber einig, dass alle Meinungsverschiedenheiten und Einigungsnotwendigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergeben sollten, in freundschaftlichem und gegensei-tigem Einverständnis zu regeln sind.

In diesen Formulierungen, die sehr positive Absichten bekunden, stecken allerdings auch schon vor-hersagbare Probleme. Was passiert, wenn man sich nicht gütlich einigt? Was passiert, wenn die Vereinbarung unterschiedlich interpretiert wird? Dieser Konfliktfall ist vorprogram-miert, denn in der Vereinbarung gibt es keine Festlegung, die sich einkla-gen ließe. Durchweg handelt es sich um Absichtserklärungen, nicht um tatsächliche Realisierungszusagen: „*Die Vattenfall-Gruppe werde sich dafür einsetzen... oder ...Die Vertragspart-ner streben an... oder umgekehrt ... Die Stadt Hamburg unterstützt die Umsetzung des Wärmekonzepts nach besten Kräften* (Beantragung von Fördergeldern etc.). Wegen der Unverbindlichkeiten in der Verein-barung ist ein Blick in die Verträge um so notwendiger.



Kraftwerk Hafencity:
25,1% gehören jetzt der Stadt.

Beachtenswert sind

Beteiligungs- und Konsortialverträge

Über die Kooperationsvereinbarung hinaus wurden am 28.11.2011 zwischen der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement bmH (HGV) als Käuferin einerseits und der Vattenfall Europe AG. (VEAG), der E.ON Hanse AG, E.ON AG sowie E.ON Energie AG und der VEWAG Berlin andererseits als Verkäuferin geschlossen.

Das Vertragsgeflecht nach der Kooperationsvereinbarung mit drei Konsortialverträgen, drei Beteiligungsverträgen und Gewinnabführungsverträgen ist kompliziert, kann aber aufgrund der Struktur der Multinationalen Konzerne nicht anders sein. Deshalb nur kurz erläutert zum Stromnetz:

Die VEAG ist eine Tochtergesellschaft des Konzerns Vattenfall AB, Stockholm. Die Vattenfall Europe Distribution Hamburg GmbH (zukünftig: Vattenfall Stromnetz Hamburg GmbH) ist die eigentliche Verkäuferin mit einem Stammkapital von 100 Mio €; die HGV ist die Käuferin.

Die Partner planen, die Netzgesellschaft gemeinsam zu betreiben. Einzelheiten regelt der Konsortialvertrag. Entsprechend sind die Modelle für die Bereiche Gas und Wärme konzipiert. Darüber hinaus wird zwischen Mutterkonzern und der neuen Fa Vattenfall Stromnetz ein neuer Gewinnabführungsvertrag geschlossen, der für die Dauer von 6 Jahren gilt.

Wichtig scheint die Vereinbarung, dass die Netzgesellschaft Strom auch künftig in den steuerlichen Organkreis der VEAG einbezogen wird und auch künftig an dem konzerninternen Cash Pooling der VEAG teilnimmt. Die Geschäftsanteile belaufen sich auf 25.100.000 und 74.900.000€. Der vorläufige Kaufpreis beträgt 138 Mio.€.

Auch an den Gas-Netzen übernimmt die Stadt über die HGV 25,1%. Der Kaufpreis dafür beträgt 80,4 Mio. €. Hinzuweisen ist wohl auch auf die Tatsache, dass E.ON Gas zu 26,18% von 11 Kreisen des Bundeslandes Schleswig-Holstein gehalten wird.

Nicht nur Netze, sondern auch Produktionsanlagen im Wärmegeschäft!

Das Wärmegeschäft in Hamburg umfasst z.Zt. insbesondere das Heizkraftwerk Wedel, das Gasturbinen-

kraftwerk Wedel, das Heizkraftwerk Tiefstack, das Gas- und Dampfturbinen-Kombikraftwerk Tiefstack, das Heizwerk HafenCity, das Verteilnetz für Fernwärme für das Stadtgebiet der FHH und die Rechte und Pflichten aus einem als „Konzessionsvertrag“ bezeichneten Wegenutzungsvertrag vom 15. 9.1994.

Das Heizkraftwerk Wedel und das Gasturbinenkraftwerk Wedel will die VEWAG allerdings anderweitig veräußern. Diese Kraftwerke gehören nicht in das Paket mit der HGV. Auch nicht dazu gehört das von der VEWAG geplante „Innovationskraftwerk.“

Den Rückkauf von 25,1% der Anlagen im Wärmegeschäft hat sich die HGV 325 Mio. € kosten lassen. Damit ist der Wiedereinstieg der Stadt in das Wärmegeschäft teurer als der Teilrückkauf der Strom- und Gasnetze zusammen. Der Grund liegt darin, dass die Stadt über den Beteiligungsvertrag Wärme nicht nur die Leitungen erworben hat, sondern auch Kraftwerke.

Das so genannte Innovationskraftwerk in Wedel ist nicht Teil des Vertrages, es gibt dort lediglich den Hinweis, dass die VEWAG dieses Kraftwerk in Wedel plant.



KONTAKTADRESSE: [HTTP://UNSER-NETZ-HAMBURG.DE](http://UNSER-NETZ-HAMBURG.DE)

Die Initiative „Unser Hamburg, unser Netz“ hat in einem Flyer 10 GUTE GRÜNDE genannt, um mit JA zu stimmen: Hier sind sie leicht gekürzt.

1. *Daseinsvorsorge* Die Versorgung mit Strom und Wärme gehört zur Grund-sicherung der Bevölkerung. Ihre Ausgestaltung darf nicht den Interessen einzelner, rein profitorientierter Konzerne untergeordnet werden.

.....

3. *Gestaltungsfreiheit*

Die 25,1%-Beteiligung der Stadt an den Netzgesellschaften bringt kaum Einfluss, sondern sichert lediglich die Marktmacht von Vattenfall und E.on. Mit dem Volksentscheid wird Hamburg wieder unabhängig.

4. *Gemeinwohl*

Ein kommunaler Netzbetreiber ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Hierzu gehören faire Netzentgelte und angemessene Fernwärmepreise ebenso wie gesicherte Arbeitsplätze.

5. *Versorgungssicherheit*

Die Stadt selbst hat das stärkste Interesse an einer zuverlässigen und kostengünstigen Energieversorgung. Das Know-How im Netzbetrieb bleibt erhalten, die MitarbeiterInnen werden übernommen.

6. *Die Netzübernahme kann aus den sicheren Einnahmen des Betriebs bezahlt werden. Der Haushalt wird nicht belastet.*

7. *Gewinne*

Jede Hamburgerin und jeder Hamburger ist darauf angewiesen, die Energienetze zu nutzen und muss dafür zahlen. Dann sollen die Gewinne aus dem Netzbetrieb und der Wärmeversorgung auch in Hamburg bleiben.

8. *Klimaschutz*

Der Umbau und das Management der lokalen Verteilnetze und der Fernwärme spielen eine entscheidende Rolle für eine dezentrale und effiziente Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien.

9. *Demokratische Kontrolle*

Nur unter demokratischer Kontrolle können die verschiedenen Interessen im Sinne des Gemeinwohls abgewogen werden: faire Energiepreise, sichere Arbeitsplätze, Investitionen in die Energiewende.

10. *Transparenz*

Ein kommunaler Netzbetreiber muss seine Geschäftstätigkeiten und seine Preisgestaltung offen legen .

Genossenschaft will Stromnetz kaufen!

Anfang Mai war zu hören, dass sich die Genossenschaft EnergieNetz Hamburg (www.energienetz-hamburg.de) gegründet hat, um beim Rückerwerb zunächst des Stromnetzes mitzumischen.

Damit setzt die Genossenschaft in Hamburg das um, was die SPD unter dem Eindruck von Fukushima auf ihrem Bundesparteitag im Dezember 2011 beschlossen hat, nämlich die Energiewende „von unten“. Gemeint ist damit, dass die Monopole der vier großen Energieversorgungsunternehmen (RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW), die die Energiewende blockieren, aufgebrochen werden sollen. Ziel ist es, dass Stadtwerke, Genossenschaften und einzelne Bürger eine demokratisch kontrollierte und dezentral organisierte Energieversorgung aufbauen. Die öffentliche Daseinsvorsorge soll durch Rekommunalisierung sowie eine starke staatliche Rolle in den Infrastrukturen, wie den Strom-Übertragungsnetzen, gesichert werden.

Ähnlich hat es SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil jüngst beim Genossenschaftsverband ausgedrückt: „Genossenschaftliche Kooperationen und die verstärkte Einbindung von regionalen Energieversorgern, Kommunen und Stadtwerken können einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten...“

Auch Andreas Dressel, SPD-Bürgerchaftsfraktionsvorsitzender, äußerte sich in der Sendung Schalthoff live am 4. Juni positiv zur Gründung von EnergieNetz Hamburg: „Ich finde das sehr ehrenwert, dass sich jetzt auch eine Genossenschaft noch beteiligen will... Erst mal freue ich mich, dass es da Bürgerengagement gibt, weil ich das im Prinzip gut finde...“

Die Schönauer Stromrebellin haben es vorgemacht und die EWS Schönau gehören heute zu den großen Ökostrom-Anbietern in Deutschland. Zugegeben, es ist natürlich kein einfaches Unterfangen, so etwas in größeren und Großstädten anzugehen. Aber die EnergieNetz Hamburg ist kein Einzelfall. U. a. auch in Berlin, Oldenburg und Lübeck sind Energiegenossenschaften zur Übernahme der Netze gegründet worden.

Und es ist nicht so kompliziert, wie oft dargestellt. Wichtig ist zunächst,

dass bereits kompetente Personen die EnergieNetz Hamburg unterstützen, so etwa der Rekommunalisierungsspezialist

Dr. Peter Becker und der Vorstand der GLS Treuhand, Lukas Beckmann. Das technische Know How wird dann über einen Kooperationspartner eingeholt. Die Übernahme des Stromnetzes soll ja auch nicht allein gestemmt werden, sondern es geht um eine finanzielle Beteiligung der Genossenschaft bei der Netzübernahme. Vorgaben hierfür sind, dass der zukünftige Netzbetreiber ökologische Standards erfüllt und idealerweise auch einen kommunalen Hintergrund hat.

Mit dem Bürgerengagement geht auch eine Demokratisierung in Form von Gemeinwohlorientierung und Beteiligung einher. Das ist für das Gelingen der Energiewende von elementarer Bedeutung. Ich kann nur jedem ans Herz legen, bei diesem Zukunftsprojekt mitzumachen und nicht nur zuzusehen, was andere tun.

Carola Ensslen



p.s.: Weitere Informationen dazu findet ihr unter: <http://www.energienetz-hamburg.de> insbesondere verweisen wir auf einen Artikel auf der WEB-Seite von Carola Ensslen, der nähere Einzelheiten zur Finanzierung enthält.